
Testatsexemplar

JANSSEN-CILAG GmbH
Neuss

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023
und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum
31. Dezember 2023

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023.....	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2023.....	7
Anlagenspiegel.....	19
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

Lagebericht der JANSSEN-CILAG GmbH für das Geschäftsjahr 2023

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die JANSSEN-CILAG GmbH (JANSSEN-CILAG) ist ein Unternehmen des Johnson & Johnson-Konzerns. Der Johnson & Johnson-Konzern beschäftigt rund 131.900 Mitarbeiter und ist in der Forschung und Entwicklung, Herstellung und dem Verkauf einer breiten Palette von Produkten im Gesundheitswesen in fast allen Ländern der Welt tätig. Nach erfolgreicher Abspaltung des Consumer-Health-Geschäfts (Kenvue) im August 2023 ist der Konzern nun in zwei Geschäftssegmente aufgebaut: Innovative Medicine und MedTech. Die JANSSEN-CILAG ist dem Segment Innovative Medicine zugeordnet.

Gegenstand von JANSSEN-CILAG ist die Entwicklung und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte. Das Unternehmen ist in folgenden Therapiefeldern vertreten: Onkologie (u.a. Multiples Myelom, Chronisch Lymphatische Leukämie, Akute Myeloische Leukämie, Prostatakrebs, Blasen-, Lungenkrebs), Immunologie (u.a. Morbus Crohn, Psoriasis, Psoriasis Arthritis), Psychiatrie/Neurologie (Depression, Schizophrenie, Multiple Sklerose), Infektiologie (u.a. HIV) sowie Lungenhochdruck. JANSSEN-CILAG bezieht seine Waren ausschließlich von Johnson & Johnson Konzernunternehmen über ein konzerninternes europäisches Zentrallager.

2. Forschung und Entwicklung

Die Aktivitäten der Auftragsforschung im Bereich der klinischen Entwicklung konzentrieren sich auf die Planung und Durchführung von klinischen Prüfungen unter Einhaltung der gesetzlichen und firmeninternen Regeln und Gesetze wie z.B. AMG (Arzneimittelgesetz) und GCP (Good Clinical Practice). Schwerpunkte der Aktivitäten sind - nach Abschluss der Aktivitäten im Bereich der Infektionskrankheiten - die medikamentöse Behandlung in den Indikationsgebieten Immunologie, Onkologie, Psychiatrie/Neurologie.

Klinische Prüfungen der JANSSEN-CILAG werden in enger Abstimmung mit der Konzernzentrale durchgeführt, um einen optimalen Beitrag für die internationale Entwicklung und Zulassung der innovativen Substanzen zu leisten. Insgesamt waren im Geschäftsjahr 2023 ca. 85 Mitarbeiter (Vorjahr 90) mit der Planung und Durchführung von Entwicklungsaufgaben beschäftigt. Die Aufwendungen beliefen sich auf T€ 32.546 (Vorjahr: T€ 33.891).

Vom Aktivierungswahlrecht wird kein Gebrauch gemacht.

3. Personalentwicklung

Die Zahl der Mitarbeiter zum 31. Dezember 2023 beläuft sich auf 1.330. Die Anzahl der Angestellten entfällt auf 1.015 Angestellte im Innendienst sowie 315 Angestellte im Außendienst. Es wurden keine Arbeiter und Auszubildenden beschäftigt. Die Mitarbeiter sind aufgrund interner Restrukturierungsmaßnahmen im Jahr 2023 rückläufig gewesen.

Der gesamte Aus- und Fortbildungsaufwand betrug € 1,8 Mio.

JANSSEN-CILAG gewährt jedem unbefristet beschäftigten Mitarbeiter die Mitgliedschaft in einem Versorgungsplan (Berufsunfähigkeits-, Alters-, Hinterbliebenenrenten).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland ist im Jahr 2023 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,2% gesunken.¹ Die weiterhin hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen und das nach wie vor krisengeprägte Umfeld dämpften die Konjunktur.² Da die Gesellschaft mit Ausnahme von konzerninternen Beziehungen ausschließlich auf dem deutschen Markt agiert, ist eine Betrachtung des europäischen und weltweiten Umfelds für die JANSSEN-CILAG nicht maßgeblich.

Der (Brutto-)Umsatz im deutschen Pharmagesamtmarkt (Apotheke und Klinik) ist im Jahr 2023 um 5,7% auf 59,8 Mrd. Euro gestiegen, während der Absatz im Gesamtjahr um 2,0% auf 100,0 Mrd. Zähleinheiten³ sank. Herstellerzwangsabschläge und Rabatte aus Erstattungsbeträgen haben sich im Bereich des Marktes der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2023 um +32% auf 9,84 Mrd. Euro erhöht.⁴

Mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz aus dem Jahr 2022 wurde zum 1. Januar 2023 der Herstellerabschlag für patentgeschützte erstattungsfähige Arzneimittel ohne Festbetrag bis zum 31. Dezember 2023 von 7 auf 12 Prozent angehoben. Für patentfreie, wirkstoffgleiche Arzneimittel ohne Festbetrag fällt abweichend davon ein Abschlag in Höhe von 6 Prozent an.⁵

Weiterhin sieht das Gesetz folgende Maßnahmen vor:

- Die Regeln zur Nutzenbewertung für neu einzuführende Produkte oder Indikationen wurden verschärft.
- Die bisherige Regelung zur freien Preisgestaltung im vollen ersten Jahr nach der Einführung eines neuen Produkts wird auf 6 Monate begrenzt.
- Ein neuer Rabatttyp für Medikamente mit neuen Wirkstoffen, der im Rahmen eines Kombinationsschemas mit anderen Medikamenten verwendet wird, ist zu entrichten und beträgt 20% des Abgabepreises, es sei denn, die Hersteller können einen mindestens „beträchtlichen“ Zusatznutzen nachweisen (Kombinationsrabatt).

Weitere wesentliche Änderungen der Rahmenbedingungen liegen nicht vor.

¹ Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2023 – Statistisches Bundesamt

² Quelle: Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2024 – Statistisches Bundesamt

³ Zähleinheiten werden als Kapseln, Hübe, Portionsbeutel, etc. definiert

⁴ Quelle: IQVIA Marktbericht Classic - Entwicklung des deutschen Pharmamarktes im Jahr 2023

⁵ Quelle: Herstellerabschläge für Arzneimittel Bundesministerium für Gesundheit

2. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

a. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 verzeichnete JANSSEN-CILAG nach handelsrechtlichen Vorschriften einen Umsatzrückgang von 6,3% von € 2.936,28 Mio. auf € 2.752,35 Mio. Dieser Rückgang wurde durch eine 5%-ige Erhöhung des Herstellerzwangsrabatts sowie den Patentablauf von ZYTIGA® und XEPLION® verursacht. Dem gegenüber stehen starke operative Zuwächse insbesondere von DARZALEX®, ERLEADA®, TREMFYA® und STELARA®.

DARZALEX® (Onkologie) verzeichnete insbesondere durch Wachstum der subkutanen Darreichung in der Erstlinientherapie des multiplen Myeloms erneut starken Zuwachs von € 30,56 Mio. für 2023 und ist mit einem Umsatzanteil von 30,1% stärkstes Produkt. STELARA® (Immunologie) stagnierte in 2023 im Umsatz durch steigenden Wettbewerb sowie den erhöhten Herstellerrabatt und ist mit einem Umsatzanteil von 21,5% zweitstärkstes Produkt. Die Umsatzerlöse von ERLEADA® verzeichneten ein starkes Wachstum durch die Indikation im Bereich des metastasierten hormonsensitiven Prostatakarzinoms von € 75,61 Mio. mit einem Umsatzanteil von 12,9%. Die Umsatzerlöse von IMBRUVICA® (Onkologie) verringerten sich um € 83,21 Mio. mit einem Umsatzanteil von 11,3% bedingt durch Wettbewerbsdruck sowie höhere Rabatte durch das Finanzstabilisierungsgesetz. TREMFYA® (Immunologie) wuchs um € 34,46 Mio. mit einem Umsatzanteil von 8,1% aufgrund des wachsenden Markts im Segment der bionaiven Patienten. Der Umsatz von ZYTIGA® (Onkologie) verzeichnete einen Rückgang um € 240,72 Mio. im Vergleich zum Vorjahr und hat einen Umsatzanteil von 1,9%. Ebenfalls rückläufig waren die Umsätze von XEPLION®, welche sich um € 51,20 Mio. verringerten. Der Grund für die Rückgänge waren der Markteintritt von Generika nach Patentablauf in Q4/2022.

Im Geschäftsjahr 2023 erwirtschaftete die JANSSEN-CILAG ein Ergebnis nach Steuern von € 123,22 Mio. Dies stellt eine Steigerung um € 9,07 Mio. im Vergleich zum Vorjahr dar und wurde im Wesentlichen durch die Reduzierung der Betriebskosten sowie höhere Zinseinnahmen erreicht. Durch den Umsatzrückgang von € 183,93 Mio. (6,3%) sind auch die Materialkosten um € 117,78 Mio. (4,9%) gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um € 0,72 Mio. aufgrund des Anstiegs der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Weiterhin trugen im Bereich des Personalaufwands geringere Aufwendungen für Sozialabgaben und Altersversorgung (€ -18,85 Mio.) aufgrund geringerer Zuführungen zu Pensionsrückstellungen zu dem positiven Ergebnis bei. Die Löhne und Gehälter stiegen aufgrund von Gehaltsanpassungen um 4,4%; Sozialversicherungs- und Rentenbeiträge sanken dagegen um -41,0%. Obwohl die Pensionsrückstellungen im Vorjahr aufgrund des Einflusses der Inflationsraten auf die Gehalts- und Rententrends und der Auswirkungen der Marktzinssätze gestiegen sind, zeigen die diesjährigen Zahlen eine natürliche Entwicklung mit typischen Anpassungen innerhalb der erwarteten Bandbreiten, welche Standardschwankungen widerspiegeln. Zusammen mit den Sozialabgaben und Aufwendungen entsprechen die Personalaufwendungen 7,4% des Jahresumsatzes (Vorjahr 7,3%) und liegen € -11,36 Mio. unter dem Vorjahr.

Zudem entlastete der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (€ -29,5 Mio.) das Ergebnis. Es sanken insbesondere die Aufwendungen für Werbung (€ 11,7 Mio.), für Marktforschung (€ -5,6 Mio.), für freie Mitarbeiter (€ -3,8 Mio.), sowie für Reisekosten (€ -2,2 Mio.). Wie in den Vorjahren stellen die Werbeleistungen in Höhe von € 46,1 Mio. (Vorjahr € 57,8 Mio.) den größten Einzelposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dar.

Die Zinserträge sind aufgrund der Anhebung des Basiszinssatzes gegenüber dem Vorjahr wesentlich auf € 24,89 Mio. (Vorjahr € 0,05 Mio.) gestiegen.

Die Zinsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von € 4,17 Mio. (Vorjahr € 3,84 Mio.).

Der Steueraufwand für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ist um € 9,59 Mio. auf € 51,35 Mio. gesunken.

Unter Berücksichtigung der negativen Auswirkungen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sind wir mit dem Geschäftsverlauf im Wesentlichen zufrieden.

b. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch die Einbindung in das Cash-Pool-Management der Johnson & Johnson Gruppe gewährleistet und durch den Konzern gesichert. Der Cash-Pool-Bestand hat sich von T€ 796.669 auf T€ 650.604 reduziert. Die flüssigen Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer erwarteten Steuerzahlung erhöht, wobei der tatsächliche Abfluss erst nach Bilanzstichtag erfolgt ist. Die Konzernmutter ist weiterhin mit dem AAA-Rating eingestuft. Um die Finanzlage zu überwachen, werden im Konzern die Finanzströme über das Global Treasury Center überwacht und verwaltet. Geldanlagen finden weitestgehend hausintern statt.

Es besteht eine Avalkreditlinie in Höhe von € 30 Mio. (Vorjahr € 30 Mio.) unter gesamtschuldnerischer Haftung der Unternehmen im Verbundbereich, die in Höhe von € 0,1 Mio. (Vorjahr € 0 Mio.) in Anspruch genommen wurde.

Aufgrund der seit dem 1. Januar 2020 begründeten ertragsteuerlichen Organschaft und der Verpflichtung, das gesamte Jahresergebnis an den Organträger Johnson & Johnson Holding GmbH abzuführen, beläuft sich der Jahresüberschuss, wie im Vorjahr, auf ein ausgeglichenes Ergebnis von € 0,00. Das Eigenkapital der JANSSEN-CILAG bleibt daher unverändert bei € 36,3 Mio. Die Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Bilanzsumme ist auf 2,8% (Vorjahr: 2,7%) gestiegen.

Durch den Einfluss der Inflationsrate auf Gehalts- und Rententrends und des Marktzinses auf die Pensionsrückstellungen der aktiven Mitarbeiter sowie neu erdienter Ansprüche erhöhten sich die Pensionsrückstellungen um insgesamt € 12,6 Mio. auf € 243,1 Mio. (Vorjahr € 230,5 Mio.); ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt nun 18,5% (Vorjahr: 17,4%).

Die Steuerrückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 39,9% erhöht und betragen € 4,3 Mio. Dieser Anstieg ist auf den Anstieg der Lohnsteuer aufgrund von Auslandeinsätzen zurückzuführen.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um € 36,3 Mio. auf € 219,2 Mio. Insbesondere durch einen Anstieg der Rabattrückstellungen um € 41,1 Mio. auf € 123,4 Mio. (Vorjahr € 82,2 Mio.). Der hauptsächliche Treiber der gestiegenen Rabatte sind die neuen Regelungen aus dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, welche seit 2023 gelten. Die Abfindungsrückstellungen erhöhten sich aufgrund der im Jahr 2023 vorgenommenen Umstrukturierung um € 3,2 Mio.

Dem gegenüber stand ein Rückgang der Rückstellungen für Aktienoptionsprogramme (€ -17,0 Mio.), der vor allem auf den Rückgang des Aktienkurses zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten verringerten sich von € 872,5 Mio. auf € 807,7 Mio. Dieser Wert ist vor allem durch die stichtagsbedingte Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen getrieben.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr um € 14,7 Mio. verringert und beträgt zum Stichtag € 1.310,5 Mio.

Das Anlagevermögen ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Es hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 3,1% (Vorjahr 3,1%).

Das Vorratsvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um € 46,2 Mio. gestiegen und ist ausschließlich auf Waren im Transit zurückzuführen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich um € (102,6) Mio. auf € 1.178,6 Mio. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Forderungen gegenüber Gesellschaftern um € 146,1 Mio. auf € 650,6 Mio. Der Rückgang ergibt sich aufgrund von Stichtagseffekten.

Demgegenüber steht der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Diese verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg um 62,4% auf € 105,9 Mio. Dieser Anstieg ist vor allem auf einen späteren Einzug von Kundenforderungen sowie die Einführung des Produktes CARVYKTI® (Ciltacabtagene Autoleucel) im Jahr 2023 zurückzuführen, für das ein längeres Zahlungsziel besteht.

d. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt anhand der US GAAP Kennzahlen als finanzielle Leistungsindikatoren. Die wesentlichen Kennzahlen sind die Umsatzerlöse im Vergleich zu den Planzahlen sowie das Management Net Income before Tax (berechnet als Gross Profit minus Total Operating Expenses). Die Umsatzerlöse entwickelten sich mit einem Rückgang von 7,7% leicht unter Plan (ursprüngliche Prognose Rückgang von 0% bis -5%). Dennoch entwickelte sich das Management Net Income über den geplanten Erwartungen mit einem Rückgang von 9,5% (ursprüngliche Prognose Rückgang von 10%). Die wesentlichen Unterschiede zur handelsrechtlichen Bilanzierung bestehen in der Bewertung der Pensionsrückstellung, der Rückstellungen für Aktienoptionsprogrammen. Weiterhin sind die handelsrechtlichen Umsatzerlöse um die konzerninternen Weiterbelastungen erhöht.

Als nichtfinanziellen Leistungsindikator betrachten wir die Zufriedenheit und Qualifikation der Mitarbeiter. Diese Zufriedenheit unserer Mitarbeiter überprüfen wir jährlich im Rahmen einer Mitarbeiterbefragung. Dabei wurde ein positives Ergebnis von 80% erreicht. Im Bereich der Weiterbildung wurden im Geschäftsjahr € 1,8 Mio. investiert.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem Umsatzwachstum zwischen 5% und 10%. Dies ist insbesondere getrieben durch das Wachstum der innovativen Produkte DARZALEX® (Onkologie), TREMFYA® (Immunologie) und ERLEADA® (Onkologie) sowie durch neu eingeführte Produkte wie z.B. CARVYKTI®. Darüber hinaus ist das Wachstum bedingt durch die Rücknahme des erhöhten Herstellerrabatts von 12% auf das ursprüngliche Niveau von 7%. Für das Management Net Income (vor Ausgleichszahlungen) rechnen wir mit einem Anstieg von bis zu 10%.

Trotz des herausfordernden Marktfeldes lassen sich bis zum Aufstellungszeitpunkt keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf unser Kundenportfolio, unseren Forderungsbestand und andere Unternehmensbereiche feststellen. Eine Veränderung der Ergebnisse von Forschungsprojekten und Zulassungsverfahren sowie andere politische und volkswirtschaftliche Ereignisse können allerdings dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse von unseren Erwartungen abweichen.

Der Ukrainekrieg sowie die herausfordernden makroökonomischen Bedingungen haben aktuell keinen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftslage der Gesellschaft. Sie ist abgesehen von konzerninternen Dienstleistungen ausschließlich in Deutschland tätig und bezieht ihre Produkte vollständig über andere Konzerngesellschaften. Insbesondere eine Einschränkung der Lieferfähigkeit ist derzeit nicht absehbar.

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren prognostizieren wir auf gleichbleibendem Niveau.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft ist in das einheitliche Risikomanagementsystem der Johnson & Johnson Gruppe eingebunden. Die Risikogrundsätze werden von der Geschäftsführung festgelegt. Die Einhaltung und Umsetzung dieser Grundsätze wird im Wesentlichen durch die Umsetzung der Sarbanes-Oxley Section 404 Anforderungen überwacht und unterstützt. Zusätzlich existiert ein internes umfangreiches Berichts- und Kontrollwesen. Es werden Gegenmaßnahmen veranlasst und umgesetzt, wenn die sich entwickelnden Risiken die Risikotoleranz überschreiten und nicht mehr im Einklang mit den Risikogrundsätzen stehen.

Das für das Unternehmen wesentliche Risiko ist das Absatz- und Marktrisiko. Der deutsche Pharmamarkt ist weiterhin maßgeblich von der Gesundheitspolitik und entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen beeinflusst, die insgesamt zu einer Reduzierung des operativen Geschäfts führen können. Hierunter fallen die Nutzenbewertung neuer Arzneimittel sowie zentrale Preisverhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband als auch die Herstellerabschläge für patentgeschützte und keinem Festbetrag unterliegenden Arzneimittel, Generikarabatte auf patentfreie, generikafähige Arzneimittel sowie das Preismoratorium für verschreibungspflichtige Arzneimittel.

Insbesondere ergeben sich Risiken aus dem Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz – GKV-FinStG). Dieses könnte weitreichende Auswirkungen auf Preisabschläge und die Preisverhandlungen als Folge der Nutzenbewertung haben. Das Gesetz ist Anfang 2023 in Kraft getreten.

Generell besteht das Risiko von Umsatzverlusten in Folge von Patentabläufen vor dem Hintergrund des steigenden Wettbewerbs. Außerdem besteht - wie für alle forschenden Pharmaunternehmen - die Unsicherheit, dass die sich in der Entwicklungspipeline befindlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte nicht auf dem Markt eingeführt werden dürfen bzw. sich nicht erfolgreich am Markt verkaufen.

Zu den Gegenmaßnahmen zählt die kontinuierliche Erweiterung der Zahl der innovativen Produkte mit dem Ziel der Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Produkten. Das zukünftig auch weiterhin

innovative Produktpflichten wird die Anfälligkeit gegenüber den Patentabläufen einzelner Produkte weiter reduzieren und die Position in den Preisverhandlungen und Nutzenbewertungen stärken.

Im Umgang mit Wechselkursrisiken bewegt sich JANSSEN-CILAG im Rahmen der Konzernvorschriften. Dabei bestehen Wechselkursrisiken aus Leistungsbeziehungen nur im geringen Umfang. Darüber hinaus werden diesbezüglich Risiken regelmäßig überwacht.

Grundsätzlich besteht für die Gesellschaft ein Risiko aus den im Geschäftsjahr 2021 auf den J&J Pension Fund OFP übertragenen Pensionsverpflichtungen, da die Gesellschaft neben dem J&J Pension Fund OFP im Wege der Subsidiärhaftung auch zukünftig für die übertragenen Pensionsverpflichtungen haftet. Aufgrund des in 2021 erfolgten Beitritts zum J&J Pension Fund OFP und der Kapitalausstattung, die über dem handelsrechtlichen Wert der übertragenen Pensionsverpflichtungen liegt, geht die Geschäftsführung nicht von einer Inanspruchnahme aus.

Neben diesen Risiken sehen wir keine über das inhärente Maß hinausgehende Risiken, insbesondere keine bestandsgefährdenden Risiken. Derzeit sehen wir keine Auswirkungen hieraus, die zu negativen Abweichungen von Prognosen oder Zielen des Unternehmens führen können. Im Vergleich zum Vorjahr bestehen keine wesentlichen Änderungen der Risiken für die JANSSEN-CILAG.

3. Chancenbericht

Chancen bestehen für 2024 und für die folgenden Jahre aus innovativen, patentgeschützten Produkten. Es sind weitere Produktneueinführungen bzw. Indikationserweiterungen, insbesondere auf dem Gebiet der Onkologie und der Immunologie, für den Zeitraum 2024 bis 2025 geplant. Gegenüber den Vorjahren bestehen keine wesentlichen Veränderungen hinsichtlich der Chancen und Risiken.

IV. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB

Die Gesellschafterversammlung hat zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für die JANSSEN-CILAG GmbH die folgenden Festlegungen zu Zielgrößen und Umsetzungsfristen des Frauenanteils in Geschäftsführung und Aufsichtsrat getroffen. Die Prozentangabe bezieht sich auf den Frauenanteil.

Angaben in %	Umsetzungsperiode bis 30.06.2023		Umsetzungsperiode bis 30.06.2027	
	Status Zeitpunkt Festlegung	Zielgröße	Status 30.06.2023	Zielgröße
Geschäftsleitung	25,00	25,00	50,00	25,00
Aufsichtsrat	33,33	33,33	66,66	33,33
1.	30,00	40,00	40,00	37,50
2.	40,00	45,00	52,00	36,00

Bei Ablauf der Umsetzungsperiode zum 30.06.2023 bestand der Aufsichtsrat der Gesellschaft aus drei Mitgliedern, wovon zwei Personen weiblich sind und ergibt damit einen Frauenanteil von 66,66% zum 31.12.2023. Die bisher festgelegte Zielgröße ist damit übertroffen. Der Frauenanteil im Aufsichtsrat wird erneut mit der Zielgröße von 33,33% gemäß § 52 Abs. 2 GmbHG festgelegt.

Der Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung (eingetragene Geschäftsführer: innen) der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2023 50%. Die bisher festgelegte Zielgröße von (25%) ist damit übertroffen. Die Zielgröße für den Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung der Gesellschaft wird erneut auf 25% festgelegt.

Der Frauenanteil in der obersten Führungsebene und der zweiten Führungsebene wurde erfüllt.

Neuss, 10. Juli 2024



Carmen Kisters



Dr. Holger Bartz



Dr. Susanne Götting

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**

JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss**Bilanz zum 31. Dezember 2023****Aktiva**

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	141.075,95	251.047,54
	141.075,95	251.047,54
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksähnliche Rechte und Bauten	27.369.364,65	28.444.805,23
2. Technische Anlagen und Maschinen	175.187,81	225.825,09
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.649.203,20	7.620.894,47
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.983.592,97	0,00
	36.177.348,63	36.291.524,79
III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen	3.985.649,00	3.985.649,00
	40.304.073,58	40.528.221,33
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte Waren	46.166.389,57	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105.922.865,45	65.223.478,27
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen* (davon gegen Gesellschafter T€ 650.604; Vorjahr T€ 796.669*)	1.062.461.522,69	1.208.895.360,11*
3. Sonstige Vermögensgegenstände	10.188.140,88	7.072.153,14
	1.178.572.529,02	1.281.190.991,52
III. Flüssige Mittel	43.502.742,05	1.909.825,95
	1.268.241.660,04	1.283.100.817,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	1.959.608,34	1.584.365,82
	1.310.505.342,56	1.325.213.404,62

*Zur verbesserten Einsicht in die Vermögenslage wurde der Vorjahreswert der Forderungen gegen verbundene Unternehmen angepasst.

	Passiva	
	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	5.782.966,82	5.782.966,82
II. Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	(3.067.751,29)	(3.067.751,29)
III. Eingefordertes Kapital	2.715.215,53	2.715.215,53
IV. Kapitalrücklage	4.665.256,47	4.665.256,47
V. Gewinnvortrag	28.889.268,53	28.889.268,53
	36.269.740,53	36.269.740,53
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	243.060.149,00	230.465.356,00
2. Steuerrückstellungen	4.309.651,36	3.079.745,43
3. Sonstige Rückstellungen	219.190.713,75	182.914.684,10
	466.560.514,11	416.459.785,53
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26.981.733,28	20.123.811,11
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen*	735.863.683,90	801.893.377,20*
(davon gegenüber Gesellschafter T€ 0; Vorjahr T€ 0*)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	44.829.670,74	50.466.690,25
(davon aus Steuern T€ 38.505; Vorjahr T€ 44.987)		
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 359; Vorjahr T€ 56)		
	807.675.087,92	872.483.878,56
	1.310.505.342,56	1.325.213.404,62

*Zur verbesserten Einsicht in die Vermögenslage wurde der Vorjahreswert der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen angepasst.

JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss**Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**

	2023	2022
	€	€
1. Umsatzerlöse	2.752.349.697,17	2.936.275.536,01
2. Sonstige betriebliche Erträge	13.749.096,13	13.033.427,38
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezoogene Waren	2.290.036.358,58	2.407.819.679,41
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	177.280.266,14	169.793.235,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	27.150.447,87	45.999.805,68
(davon für Altersversorgung T€ 6.775; Vorjahr T€ 28.566)		
	204.430.714,01	215.793.041,05
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.060.979,41	4.129.223,85
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	113.132.379,94	142.679.679,94
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24.893.718,93	46.029,56
(davon aus verbundenen Unternehmen T€ 24.894; Vorjahr T€ 46)		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.761.605,49	3.837.361,20
(davon Aufwendungen aus Aufzinsung T€ 4.168; Vorjahr T€ 3.837)		
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	51.349.123,35	60.942.534,40
(davon Steuerumlagen T€ 51.349.123; Vorjahr T€ 60.943)		
10. Ergebnis nach Steuern	123.221.351,45	114.153.473,10
11. Sonstige Steuern	73.407,68	188.264,93
12. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeföhrter Gewinn	123.147.943,77	113.965.208,17
13. Jahresüberschuss	0,00	0,00

JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss**Anhang für das Geschäftsjahr 2023****A. Grundsätze der Rechnungslegung****1. Allgemeine Angaben**

Die JANSSEN-CILAG GmbH hat ihren Sitz in Neuss und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Neuss (HR B Reg.Nr. 3038). Die Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der Johnson & Johnson Holding GmbH, Norderstedt, die sämtliche Geschäftsanteile hält. Die Gesellschaft wird im US-Konzernabschluss der Johnson & Johnson, New Brunswick, New Jersey/USA, einer Gesellschaft nach dem Recht des Staates New Jersey, erfasst. Der Konzernabschluss kann bei dieser Gesellschaft eingesehen oder angefordert werden und ist auch im Internet erhältlich.

Die JANSSEN-CILAG ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 und 4 HGB.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Ab dem 1 Januar 2020 besteht eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft mit der Muttergesellschaft Johnson & Johnson Holding GmbH, Norderstedt. Neben einem Ergebnisabführungsvertrag wurde ein Gewerbe- und Körperschaftsteuerumlagevertrag zur Umlagefinanzierung der Steuerzahlungen entsprechend dem Ausgleichsanspruch unter Gesamtschuldnern lt. § 426 Abs. 1 BGB abgeschlossen.

Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Die Davon-Vermerke sind teilweise im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Gliederungen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert. Alle Beträge in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden in Euro (€), im Anhang in Tausend Euro (T€) angegeben.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldposten erfolgte entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften.

Im Berichtsjahr wurden keine Abweichungen von in Vorperioden angewandten Bilanzierungs und/ oder Bewertungsmethoden vorgenommen.

Zur verbesserten Einsicht in die Vermögenslage wurde der Vorjahreswert der Forderungen gegen verbundene Unternehmen i.H.v. T€ 1.045.914 um T€ 162.982 auf T€ 1.208.895 und der Vorjahreswert der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen i.H.v. T€ 638.912 um T€ 162.982 auf T€ 801.893 angepasst.

Bilanzierung und Bewertung der Bilanzposten

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Auf die Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Wirtschaftsgütern hat die Gesellschaft verzichtet.

Die Abschreibungen erfolgen planmäßig nach der linearen Methode. Die Nutzungsdauern betragen:

Anlagenklasse	Nutzungsdauern (in Jahren)
Immaterielle Vermögensgegenstände	3 - 5
Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund	33
Technische Anlagen und Maschinen	5 - 15
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 13

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen zeitanteilig. Anlagengüter mit Anschaffungskosten bis einschließlich 250 Euro werden im Zeitpunkt der Anschaffung als Aufwand abgezogen. Anlagengüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro werden jahrgangsbezogen in einem Sammelposten eingestellt und im Jahre des Zugangs sowie in den vier darauffolgenden Jahren linear abgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau werden zum Nennwert angesetzt.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten bewertet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtliche dauernde Wertminderungen vorliegen.

Die **Vorräte (Waren)** werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zum Nominalwert abzüglich einer Wertberichtigung für die Inanspruchnahme von Skonti und Rabatte bilanziert. Erkennbaren Risiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Abwertungen auf Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Die **übrigen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt.

Die **flüssigen Mittel** sind zum Nennwert bilanziert.

Innerhalb der **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden Vorauszahlungen für künftige Zeiträume zeitanteilig abgegrenzt.

Das **Eigenkapital** wird mit dem Nennwert ausgewiesen. Die nicht eingeforderten, ausstehenden Einlagen betreffen eine Kapitalerhöhung des Geschäftsjahres 1987 von insgesamt € 4,76 Mio., die zu € 0,67 Mio. durch Gesellschaftsmittel erfolgte. Die verbleibenden € 4,09 Mio. wurden zu einem Viertel direkt durch Barzahlung geleistet. Weitere drei Viertel (T€ 3.068) sind nach einem entsprechenden noch zu fassenden Gesellschafterbeschluss zu leisten.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie alle ungewissen Verpflichtungen.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels des Anwartschaftsbarwertverfahrens ermittelt. Der Rückstellungsbetrag gemäß dieser Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert einer Pensionsverpflichtung, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleisteten Dienstzeiten erdient worden ist.

Die Gesellschaft nimmt das Wahlrecht gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB in Anspruch und sammelt den aufgrund der durch das BiMoG geänderten Bewertung der laufenden Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen entstandenen Unterschiedsbetrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel an. Die Unterdeckung beträgt zum 31. Dezember 2023 T€ 1.783.

Die Pensionsrückstellungen sind nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklung bewertet. Der Lohn- und Gehaltstrend wurde mit 2,75%, der BBG Trend mit 2,75% und der Rententrend mit 2,00% angenommen. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Der Rechnungszinssatz beträgt 1,83% (Vorjahr 1,78%), der verwendete Zinssatz weicht, von dem von der Deutschen Bundesbank für den Monat Dezember 2023 veröffentlichten, 10-Jahres-Durchschnittszinssatz von 1,82% p.a. bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nur unwesentlich ab, sodass dies zu keiner wesentlichen Veränderung geführt hat. Die Fluktuation wird gemäß einer branchenspezifischen Fluktuationstabelle angenommen. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes werden im operativen Ergebnis erfasst.

Die **Steuerrückstellungen** werden unter Berücksichtigung zukünftiger Nachzahlungen für Lohnsteuer aufgrund von Auslandseinsätzen von Mitarbeitern berechnet.

Bei der Bildung der **sonstigen Rückstellungen** ist den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen. Bei der Rückstellungsbewertung sind zukünftige Kosten- und Preissteigerungen einbezogen worden und Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Zinssätzen der vergangenen 7 Jahre abgezinst worden (§ 253 Abs. 2 HGB).

Rückstellungen für Jubiläen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Methode) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Dr. Heubeck bewertet. Die Jubiläumsrückstellung wurde pauschal mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren berechnet und mit einem prognostizierten Rechnungszinssatz nach Maßgabe des entsprechenden von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 1,75% p.a. abgezinst. Der prognostizierte Rechnungszinssatz weicht, von dem von der Deutschen Bundesbank für den Monat Dezember 2023 veröffentlichten, 7-Jahres-Durchschnittszinssatz von 1,74% p.a. bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nur unwesentlich ab, sodass dies zu keiner wesentlichen Veränderung geführt hat. Die Rückstellung wurde mit einem Lohn- und Gehaltstrend von 2,75% und einem BBG Trend von 2,75% berechnet.

Die Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von aktienbasierten Vergütungszusagen der Konzernobergesellschaft wurde zum inneren Wert der Aktienoption zum Bilanzstichtag vorgenommen.

Die Rückstellungen für Urlaub und geleistete Mehrarbeit werden individuell auf Grundlage der aufgelaufenen, noch zu gewährenden Urlaubstage bzw. für die im Geschäftsjahr 2023 geleistete Mehrarbeit der Mitarbeiter unter Berücksichtigung der Vergütung des betreffenden Mitarbeiters einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung ermittelt.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Verbindlichkeiten enthalten keine Beträge, die rechtlich nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden zunächst mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls bewertet. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Langfristige Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung sind nicht vorhanden.

B. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der in der Bilanz ausgewiesenen Positionen des Anlagevermögens und die Abschreibungen des Geschäftsjahres sind dem Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) zu entnehmen.

Unter den Finanzanlagen sind die Anteile an der Corimmun GmbH, Neuss, ausgewiesen.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** setzen sich wie folgt zusammen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil	Eigenkapital	Jahresfehlbetrag	letzter vorliegender Abschluss
	%	T€	T€	Jahr
Corimmun GmbH, Neuss	100	4.033	-1	2022

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird nach § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da das Tochterunternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist, da das Jahresergebnis weniger als 0,01 % des Konzernergebnisses ausmacht.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten im Wesentlichen solche Anlagen von freien Mitteln im konzerninternen Cash Pool gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von T€ 650.604 (Vorjahr T€ 796.669) welche zugleich sonstige Vermögensgegenstände darstellen sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 411.858 (Vorjahr T€ 411.429).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen sonstige Guthaben bei Versicherungen T€ 5.694 (Vorjahr T€ 5.566), welche eine Laufzeit über ein Jahr haben. Die weiteren sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr.

3. Flüssige Mittel

Die Flüssigen Mittel betreffen frei verfügbare Guthaben bei einem Kreditinstitut.

4. Gezeichnetes Kapital

Als gezeichnetes Kapital wird das Stammkapital gemäß § 272 Abs. 1 S. 1 HGB i.V.m. § 5 GmbHG ausgewiesen. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde bisher nicht auf Euro umgestellt und beträgt weiterhin DM 11.310.500 (entspricht € 5.782.966,82).

5. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage betrifft andere Zuzahlungen der Gesellschafterin gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB aus Vorjahren.

6. Jahresergebnis vor Gewinnabführung

Das Jahresergebnis vor Gewinnabführung für 2023 in Höhe von T€ 123.148 wird aufgrund des seit dem 1. Januar 2020 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die Johnson & Johnson Holding GmbH, abgeführt.

7. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Am 26. Februar 2016 hat der Bundesrat das „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ gebilligt. Das Gesetz ist am 16. März 2016 verkündet worden und am 21. März 2016 in Kraft getreten. Im Zuge des Gesetzes wurde § 253 HGB hinsichtlich der Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen geändert und der Zeitraum, über den der Durchschnittszinssatz für die handelsrechtliche Abzinsung von Pensionsrückstellungen berechnet wird, von sieben auf zehn Jahre verlängert. Gemäß Art. 75 Abs. 6 EGHGB n.F. ist die Neufassung des § 253 HGB erstmalig im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2016 anzuwenden. Daraus ergibt sich zum 31. Dezember 2023 eine Gesamtverpflichtung für Pensionen in Höhe von T€ 244.843. Diese liegt um T€ 4.163 (Unterschiedsbetrag) unter dem Bewertungsansatz für Pensionsrückstellungen, der sich zum 31. Dezember 2023 bei Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnittszinssatzes von 1,75% ergeben hätte. Der Unterschiedsbetrag unterliegt grundsätzlich einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB n.F. Eine analoge Anwendung der Abführungssperre kommt nicht in Betracht, weil § 301 AktG, der den Höchstbetrag der Gewinnabführung bestimmt, keinen ausdrücklichen Verweis auf die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB enthält.

Die Gesellschaft nimmt das Wahlrecht gem. Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB in Anspruch und sammelt den aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung der laufenden Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen entstandenen Unterschiedsbetrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel an. Die Unterdeckung beträgt zum 31. Dezember 2023 T€ 1.783 (Vorjahr T€ 3.566).

8. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Jubiläen von T€ 8.064 (Vorjahr T€ 8.553), für Verpflichtungen aufgrund von aktienbasierten Vergütungszusagen der Konzernobergesellschaft in Höhe von T€ 17.861 (Vorjahr T€ 34.815), für noch nicht ausgezahlte Leistungs- und Wettbewerbsprämien für Mitarbeiter von T€ 29.506 (Vorjahr T€ 21.261) und für Zahlungen an Krankenkassen (Rabatte) in Höhe von T€ 123.350 (Vorjahr T€ 82.229), für ausstehende Eingangsrechnungen von T€ 14.199 (Vorjahr T€ 7.050), für Abfindungen und Freistellungskosten im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen von T€ 7.545 (Vorjahr: T€ 4.371).

9. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel mit Angabe der Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:

	Gesamt 31.12.2023	Restlaufzeit			Gesamt 31.12.2022
		bis 1 Jahr	> 1 Jahr	>5 Jahre	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung	26.982	26.982	0	0	20.124
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	735.864	735.864	0	0	801.893
Sonstige Verbindlichkeiten	44.830	44.830	0	0	50.467
	807.676	807.676	0	0	872.484

Im Vorjahr betrugen die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten ebenfalls bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten solche aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 735.864 (Vorjahr T€ 801.893).

10. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden in der Human-Medizin (T€ 2.650.034, Vorjahr T€ 2.834.788) und durch konzerninterne Dienstleistungen (T€ 102.316; Vorjahr T€ 101.488) generiert. Die Warenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt, während die Umsätze aus konzerninternen Dienstleistungen im Wesentlichen mit dem Ausland erzielt wurden.

11. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 13.141 (Vorjahr T€ 11.616) sowie Erträge aus Währungsumrechnung in Höhe von T€ 608 (Vorjahr T€ 1.353) enthalten.

12. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen betragen T€ 1.783 (Vorjahr T€ 1.783) und resultieren aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen im Rahmen des BilMoG zum 1. Januar 2010.

Die Aufwendungen aus Währungskursdifferenzen betragen T€ 963 (Vorjahr T€ 275).

13. Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von T€ 594.

14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden die Körperschafts- und Gewerbeertragsteuer ausgewiesen, die im Wesentlichen aus der Steuerumlage der Johnson & Johnson Holding GmbH, Norderstedt, resultieren. Sie belasten das Ergebnis in Höhe von T€ 51.349 (Vorjahr T€ 60.943) und wurden in voller Höhe von der Muttergesellschaft belastet.

C. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus bestehenden Miet- und Leasingverträgen ergaben sich nicht bilanzierte Verpflichtungen in Höhe von T€ 11.933. Hiervon entfallen T€ 11.404 auf verbundenen Unternehmen. Ein Betrag von T€ 3.934 wird innerhalb eines Jahres fällig. Die weiteren T€ 7.999 haben eine Laufzeit von über einem Jahr, davon T€ 1.537 über 5 Jahre.

Die oben aufgeführten, nicht in der Bilanz enthaltenen Miet- und Leasingvereinbarungen tragen zu einer Verringerung der Kapitalbindung bei und belassen das Investitionsrisiko beim Vermieter bzw. Leasinggeber. Aus der vertraglichen Laufzeit resultiert ein entsprechendes Risiko für die Gesellschaft, falls die Leasingobjekte nicht mehr wie vorgesehen betrieblich nutzbar wären.

2. Haftungsverhältnisse

Es besteht eine Avalkreditlinie in Höhe von T€ 30.000 (Vorjahr T€ 30.000) unter gesamtschuldnerischer Haftung der Unternehmen im Verbundbereich, die in Höhe von T€ 148 (Vorjahr T€ 0) in Anspruch genommen wurde.

Grundsätzlich haftet die Gesellschaft neben dem J&J Pension Fund OFP, Antwerpen/Belgien, im Wege der Subsidiärhaftung auch zukünftig für die übertragenen Pensionsverpflichtungen. Aufgrund des erfolgten Beitritts zum J&J Pension Fund OFP und der Kapitalausstattung, die über dem handelsrechtlichen Wert der übertragenen Pensionsverpflichtungen liegt, geht die Geschäftsführung nicht von einer Inanspruchnahme aus.

3. Beschäftigte

Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 1.369 Mitarbeiter (Vorjahr 1.374) beschäftigt. Davon entfallen auf den Innendienst 1.048 (Vorjahr: 1.047) Mitarbeitende und auf den Außendienst 321 (Vorjahr 327) Mitarbeitende. Bei den Mitarbeitern handelt es sich ausschließlich um Angestellte.

4. Honorar des Abschlussprüfers

Zum Abschlussstichtag belief sich das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für auf das Geschäftsjahr entfallende Dienstleistungen auf T€ 140 für Abschlussprüfungsleistungen sowie für sonstige Bestätigungsleistungen in Höhe von T€ 23.

5. Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehörten an:

- Andreas Gerber, Managing Director, Coppet/Schweiz, Vorsitzender (bis zum 30.06.2024)
- Carmen Kisters, Senior Finance Director Janssen, Düsseldorf
- Dr. Holger Bartz, Head Medical & Scientific Affairs Germany, Hirschberg an der Bergstrasse
- Dr. Susanne Götting, Legal Director Janssen Germany, Köln

Die für die Tätigkeit des Geschäftsführungsorgans im Geschäftsjahr 2023 gewährten Gesamtbezüge beliefen sich auf T€ 3.313. Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 4.596 Stück neue Bezugsrechte in einem Wert von T€ 665 gewährt worden.

Die Ruhestandsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung betragen T€ 177. Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder der Geschäftsführung betragen zum Bilanzstichtag 2023 T€ 19.556.

6. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören an:

- Karen Puck, Director Tax Germany, Molfsee (Vorsitzende), Johnson & Johnson Medical GmbH
- Andrew Morris, Plant Manager, Halstenbeck
- Bettina Diekamp, Sci. Sr. Manager Neuroscience, (Arbeitnehmervertreter), Janssen-Cilag GmbH

Der Aufsichtsrat erhielt von JANSSEN-CILAG keine Bezüge für seine Tätigkeit.

7. Mindestbesteuerung

In Deutschland wurde mit dem „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen“ eine gesetzliche Regelung zur Sicherstellung einer globalen Mindestbesteuerung („Mindeststeuergesetz“, sog. OECD Pillar-II) erlassen. Die Janssen-Cilag GmbH fällt im kommenden Geschäftsjahr 2024 in den Anwendungsbereich des Mindeststeuergesetzes, weshalb sich im Geschäftsjahr 2023 kein Steueraufwand nach diesem Gesetz ergab.

8. Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2023 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft hatte und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz zum 31. Dezember 2023 berücksichtigt worden sind.

9. Konzernabschluss

Die JANSSEN-CILAG GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Johnson & Johnson Holding GmbH (kleinster Konsolidierungskreis). Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird zusammen mit der Johnson & Johnson Holding GmbH in den nach US-Grundsätzen aufgestellten internationalen Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023 der Johnson & Johnson, New Brunswick/ New Jersey/USA, (größter Konsolidierungskreis) einbezogen und ist unter <http://www.investor.jnj.com/sec.cfm> veröffentlicht.

10. Vorschlag für die Verwendung des Gewinns

Der Jahresüberschuss wird aufgrund des mit der Johnson & Johnson Holding GmbH bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags an diese abgeführt.

Neuss, den 10. Juli 2024



Carmen Kisters



Dr. Holger Bartz



Dr. Susanne Götting

Anlagenspiegel

JANSSEN-CILAG GmbH**Entwicklung des Anlagevermögens für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	01.01.2023	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2023
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte					
	2.612.221,27	0,00	0,00	11.427,07	2.600.794,20
	2.612.221,27	0,00	0,00	11.427,07	2.600.794,20
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	61.429.543,88	0,00	-3.782,88	0,00	61.425.761,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.323.419,95	5.950,00	0,00	5.836,28	1.323.533,67
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.263.772,96	2.130.182,24	0,00	1.979.829,75	28.414.125,45
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	1.979.810,09	3.782,88	0,00	1.983.592,97
	91.016.736,79	4.115.942,33	0,00	1.985.666,03	93.147.013,09
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	81.060.066,07	0,00	0,00	0,00	81.060.066,07
	174.689.024,13	4.115.942,33	0,00	1.997.093,10	176.807.873,36

Abschreibungen				Restbuchwerte	
01.01.2023	Zugänge	Abgänge	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
€	€	€	€	€	€
2.361.173,73	98.544,52	0,00	2.459.718,25	141.075,95	251.047,54
2.361.173,73	98.544,52	0,00	2.459.718,25	141.075,95	251.047,54
32.984.738,65	1.071.657,70	0,00	34.056.396,35	27.369.364,65	28.444.805,23
1.097.594,86	56.358,93	5.607,93	1.148.345,86	175.187,81	225.825,09
20.642.878,49	2.834.418,26	1.712.374,50	21.764.922,25	6.649.203,20	7.620.894,47
0,00	0,00	0,00	0,00	1.983.592,97	0,00
54.725.212,00	3.962.434,89	1.717.982,43	56.969.664,46	36.177.348,63	36.291.524,79
77.074.417,07	0,00	0,00	77.074.417,07	3.985.649,00	3.985.649,00
134.160.802,80	4.060.979,41	1.717.982,43	136.503.799,78	40.304.073,58	40.528.221,33



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der JANSSEN-CILAG GmbH, Neuss, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der JANSSEN-CILAG GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgend eine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschrif-

ten entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Um-

fang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 10. Juli 2024

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

 digitally
signed by

Thomas Küster
Wirtschaftsprüfer

 digitally
signed by

ppa. Christine Krombach
Wirtschaftsprüferin



DEE00103135.1.1



Leerseite aus bindetechnischen Gründen



200000609690